

16. IX. 1915

Die Lebensmittelversorgung in Wien und — anderswo.

— Die Mehlerversorgung in Wien und in Berlin. — Ageruse aus ungarischen Städten.

Es gehört zu den Lieblingsphrasen jener Presse, der in Wien, seit es christlichsozial verwaltet wird, gar nichts recht ist, daß in andern Städten für die Bevölkerung viel besser gesorgt werde und daß es gerade nur in Wien so etwas wie eine Teuerung gäbe. Wir haben schon wiederholt aufgezeigt, was daran „Wahres“ ist.

Mit besonderer Vorliebe wird auf Berlin verwiesen; die Millionenstadt an der Spree wird nicht nur liberal-sozialdemokratisch verwaltet (allerdings bei geringerer Autonomie und unter einem vom Staate ernannten Bürgermeister), sondern steht auch sonst bei den Manchesterlichen und ihrem Anhang in besonderer Gunst: es gibt dort nur noch Reste eines bürgerlichen Mittelstandes, alles ist Großbetrieb, Großunternehmung, Großgeschäft, alles auf dem Wege zur Amerikanisierung.

Solche Verhältnisse sichern der Metropole unserer Verbündeten im Vorhinein die Begeisterung jener Kreise, denen die Vernichtung des Mittelstandes ein Programmpunkt ist. Wir haben schon an Beispielen aufgezeigt, daß auch bezüglich der Approvisionierung zur Kriegszeit kein Anlaß besteht, uns Wienern immer mit dem Berliner Muster zu kommen. Was bezüglich verschiedener anderer bereits erwähnter Lebensmittel gilt, das gilt insbesondere auch bezüglich der Versorgung mit Mehl. Das „Berl. Tagbl.“ vom 12. d., also beiläufig die Berliner „N. F. Fr.“ und Parteiorgan der Berliner Rathhausmehrheit, bringt unter der alles besagenden Ueberschrift: „Nochmals der Mehlmangel in Berlin“ eine Zuschrift, aus der man erfährt:

Die Mehlerverteilungsstelle Groß-Berlin hat durch den Berliner Magistrat in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, die aber vermutlich die unleugbaren Mißstände nicht beseitigen wird. Die Erklärung stellt fest, daß ein „Mißverständnis“ auf Seiten des Publikums vorliege und daß die Verbraucher tatsächlich nicht 250 Gramm Weizenmehl wöchentlich zu beanspruchen hätten, sondern nur 250 Gramm Mehl, das nur in dem Verhältnis der von der Reichsgetreidestelle zugebilligten 30 % Weizenmehl und 70 % Roggenmehl verlangt werden sollte.

Wenn die Mehlerverteilungsstelle es als einen erwünschten Zustand bezeichnet, daß pro Kopf der Bevölkerung und pro Woche nur 80 Gramm Weizenmehl und 170 Gramm Roggenmehl abgefordert werden, so wird demgegenüber jede Hausfrau antworten, daß eine derartig geringe Menge Weizenmehl, vollständig unzureichend ist, namentlich in denjenigen schließlichbürgerlichen Haushaltungen, die als Ersatz der Fleischkost mehr als bisher zur Bereitung von Gemüsen, Nüssen und anderen billigen Mehlspeisen übergehen sollen und wollen.

Also in Berlin bekommen die Konsumenten überhaupt kein reines Weizenmehl sondern nur im Verhältnis von 30 zu 70 Weizen- und Roggenmehl! In Wien aber bekommen die Bäcker zur Broterzeugung Weizenbrotmehl und Roggenmehl im Verhältnis von 50 zu 50! Die Wiener Konsumenten aber bekommen ausschließlich Weizenbrot und Weizenbrotmehl und brauchen kein Roggen- und kein Ersatzmehl zu nehmen. Die Wiener Gemeindevorwaltung und ihr unsichtiger Bürgermeister, denen diese glückliche Ordnung der so wichtigen Mehlfage für Wien zu danken ist, verdienen das Vertrauen, daß sie auch in allen sonstigen Approvisionierungsfragen so tatkräftig, vorausschauend, klug und glücklich handeln. In der Frage der Kartoffelversorgung und Kohlenversorgung haben sie ja gleichfalls ihre Umsicht und ihr Geschick bewiesen.

Aber daß für die Millionenstadt Wien besser gesorgt ist als selbst für Städte mitten im reichen Produktionslande Ungarn, das lehren die Klagen, die von den Vertretern dieser Städte auf dem jüngst in Budapest abgehaltenen „Teuerungskongreß der ungarischen Städte“ vorgebracht wurden. Da berichtete der Bürgermeister von Miskolcz, Dr. Franz Nagy, als Referent (nach dem „P. Lloyd“ vom 14. d.):

Man sei in den größeren Städten kaum imstande, die wichtigeren Lebensmittel zu beschaffen. Selbst besser dotierte Beamte können kaum das Leben fristen. Die Familien der Eingekerkerten können von der staatlichen Unterstützung nicht leben. Zur Sicherung des Milchbedarfes möge die Regierung aus dem Auslande Milchläche importieren und sie den Milchwirtschäften zur Verfügung stellen. Denn nur durch Förderung der Milchproduktion könne Abhilfe geschaffen werden.

Und der Bürgermeister von Debreczin, Andreas Mark, klagte, daß nicht nur auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels, sondern auch auf dem Gebiete des Handels mit Heizmaterialien unhaltbare Zustände herrschen. Die Frage der Heizmaterialien mache sich immer stärker geltend, je mehr der Winter heranrücke. Der Mangel an Holz und Kohle sei lediglich auf die Transportschwierigkeiten zurückzuführen. Die bisherige Art der Bestrafung der Lebensmittelwucherer habe keinen Erfolg gehabt. Man müßte jeden Mißbrauch mit schweren Freiheitsstrafen ahnden. Ähnlich klagten die Bürgermeister von Arad, Kecskemet, Preßburg, Dedenburg und anderen Städten.